

Newsletter Nr. 1 – Ausgabe 16.Dezember 2014

Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) möchte Dich/Sie ab sofort von den wichtigsten Entscheidungen der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr und unseren Positionen informieren. In der ersten Ausgabe stellen wir Euch die 11 Mitglieder unserer neuen Fraktion DIE LINKE im RVR vor und berichten über die ersten drei Verbandsversammlungen.

In den folgenden Ausgaben werden wir auch aus der Arbeit der Fachausschüsse und über Aktivitäten der Fraktion außerhalb des Verbandes berichten.

Eine anregende Lektüre

wünscht DIE LINKE. im Regionalverband Ruhr

Die neue Verbandsversammlung der RVR

Legt man die Ergebnisse der Kommunalwahlen zu Grunde, wäre DIE LINKE in die neue Verbandsversammlung mit sechs Vertretern*innen eingezogen.

Nachdem man am 30.Juni 2014 im Kreistag Recklinghausen einem Mitglied der rechtspopulistischen UBP zu einem Mandat im RVR verholfen hat, wuchs die Zahl der Mitglieder der Verbandsversammlung von 83 auf 138 an. Neben der Stärkung der angeblich so verpönten Rechtsaußen von der UBP kostet das den Steuerzahler überschlägig 1,1 Mio. Euro mehr im Jahr, die die Mitgliedskommunen des RVR über die Umlage und das Land NRW aufbringen müssen.

Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR dazu: „Wenn es drauf ankommt, nehmen einige Mitglieder des Kreistages Recklinghausen es mit der Abgrenzung gegen Rechtsaußen, mit dem ‚Konsens gegen Rechts‘, wohl nicht so genau. Das ist ein Skandal! Wir gehen davon aus, dass Landrat Cai Süberkrüb genau prüft, ob die Wahl tatsächlich rechtsgültig ist. Eine solche Aufblähung der Verbandsversammlung und eine solche Kostenexplosion bei den Verbandsgremien des RVR gab es noch nie.“

Die Überprüfung blieb aus, der UBP-Chef Tobias Köller legte bereits im August sein Kreistagsmandat nieder und erklärte Ende November seinen Rücktritt aus der Verbandsversammlung des RVR.

An der Zusammensetzung der neuen Verbandsversammlung ändert dies nichts.

Dass die Zahl der Mitglieder unter Anwendung der Ausgleichsregelungen nach RVR- Gesetz nach Berechnungen der Verwaltung des RVR nicht auf 163 Mitglieder angewachsen ist, liegt daran, dass nicht alle Plätze mit Hilfe der Reserveliste seitens einzelner Parteien besetzt werden können. Das trifft u.a. ausgerechnet für die SPD zu, so dass auch die hauchdünne rot-grüne Mehrheit in der Verbandsversammlung weg ist. Im Ergebnis entstand eine XXL- Koalition aus CDU- SPD- Grüne, die mit 110 Stimmen entstand, die fast über eine 80%Mehrheit verfügt.

Unsere Fraktion erfuhr eine Verstärkung auf neun Mitgliedern. In Dortmund erhielt die LINKE ein Direktmandat. Die weiteren acht Mitglieder unserer Partei zogen über die Reserveliste ein.

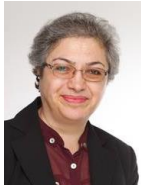
Fraktion DIE LINKE im RVR stellt sich vor

Die neue Fraktion DIE LINKE in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) hat sich am 5.September 2014 konstituiert. Sie wählten einstimmig als „Doppelspitze“ Wolfgang Freye aus Essen und Eleonore Lubitz aus Schwelm zu Vorsitzenden der Fraktion. Beide waren bisher schon Fraktionsvorsitzender und Stellvertretende Fraktionsvorsitzende . Zu weiteren Mitgliedern des Fraktionsvorstandes wurden Fatma Karacakurtoglu aus Dortmund und Olaf Jung aus Gladbeck gewählt.

„Dass wir in den kommenden sechs Jahren mit einer deutlich stärkeren Mannschaft an der Diskussion um die Entwicklung des Ruhrgebiets teilnehmen werden, empfinde ich als echten Zugewinn,“ so Wolfgang Freye. „Gerade jetzt, wo der Verband sich in einer Phase der Neuaufstellung auf Grundla-

ge des noch zu verabschiedenden RVR- Gesetzes befindet, können wir so verstärkt unsere Positionen einbringen. Auf Grund der erhalten wir zudem eine neue Rolle- wir werden jetzt in der Verbandsversammlung Oppositionsführerin. Diese nehmen wir gern an.“

Wir das sind:



Gültaze Aksevi
(Bochum)
stellv. Mitglied Kultur-
Sportausschuss



Binali Demir
(Duisburg, skB)
stellv. Mitglied Kultur-
Sportausschuss



Wolfgang Freye
(Essen)
Mitglied Verbands-
ausschuss



Udo Gabriel
(Selm)
Mitglied Betriebsausschuss
RVR Ruhr Grün



Tomas Grohé
(Gelsenkirchen)
Mitglied Planungs-
ausschuss



Marita Hildenhagen
(Dinslaken)
Mitglied Rechnungs-
ausschuss



Dirk Hooymann
(Moers, skB)
stellv. Mitglied Um-
weltausschuss



Olaf Jung
(Gladbeck)
Mitglied Strukturaus-
schuss



Fatma Karacakurtoglu
(Dortmund)
Mitglied Wirtschaftsaus-
schuss



Utz Kowalewski
(Dortmund)
Mitglied Umwelt-
ausschuss



Eleonore Lubitz
(Schwelm)
Mitglied Kultur- und
Sportausschuss

Auf der Verbandsversammlung am 12. Dezember 2014 erfolgt in geheimer Wahl die Besetzung der Organe der Beteiligungsgesellschaften, zu denen unter anderem die Revierparks auch die Ruhr- Tourismus GmbH, die Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhr und die Wirtschaftsförderung Metropole Ruhr gehören. Erstmals können wir nun in sechs Gesellschaften (bisher zwei) linke Positionen in Aufsichts- und Verwaltungsräten einbringen. Im Einzelnen stellt sich dies wie folgt dar:

Verwaltungsrat Revierpark Gysenberg GmbH
Verwaltungsrat Freizeitzentrum Kernade GmbH

Eleonore Lubitz
Tomas Grohé,
Stellvertreterin Gültaze Aksevi
Utz Kowalewski
Fatma Karacakurtoglu
Olaf Jung
Wolfgang Freye.

Verwaltungsrat Revierpark Vonderort GmbH
Aufsichtsrat Ruhr Tourismus GmbH
Aufsichtsrat Wirtschaftsförderung metropoleruhr GmbH
Aufsichtsrat Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH

Aus den letzten beiden Verbandsversammlungen

Konstituierung der Verbandsversammlung am 26.09.2014

Das Dreier- Bündnis schränkt Oppositionsrechte ein – Koalitionsvertrag ohne Aussagen zu Soziales

In der Verbandsversammlung wiederholten wir die Aufforderung an den Landesgesetzgeber, gesetzgeberisch tätig zu werden, um noch in der laufenden Wahlperiode die Nicht-Wiederspiegelung des Wählerwillens in der aufgeblähten Verbandsversammlung zu beheben. Dies ist nach dem neuen Ergänzungsgutachten der Rechtsanwälte Redeker, Sellner, Dahs für den RVR, welches Ende September vorgelegt wurde, möglich.

Die Ganz Große Koalition von CDU, SPD und Grünen im RVR bewegte diese Möglichkeiten weniger. Im Gegenteil- zuerst galt es zu klären, wie man denn am besten verhindere, dass die Opposition ihre

Meinung in den zukünftigen Beratungen darlegen kann. So beantragten sie trotz der fast erfolgten Verdopplung der Verbandsversammlung eine Begrenzung der Redezeit und eine Beibehaltung der Größe der Ausschüsse (in der Regel 15 Mitglieder). Während die kleinen Fraktionen in 5 Minuten pro Tagesordnungspunkt ihren Standpunkt darlegen können, haben die großen Fraktionen dreimal so viel Redezeit, nämlich 15 Minuten.

„Die kleinen Fraktionen haben keine stimmberechtigten Sitze in den Ausschüssen, selbst die Piraten mit vier Mitgliedern nicht. Das Verhältnis der Redezeit zwischen kleinen und großen Fraktionen ist nach dem Mehrheitsbeschluss mit 1:3 nun viel schlechter als im Bundestag oder im Landtag, wo es bei 1:2 liegt. Die Verbandsversammlung als höchstes Entscheidungsgremium des RVR darf aus unserer Sicht nicht nur noch zum ‚Abnicken‘ der Abmachungen von Schwarz-Rot-Grün dienen.“

Die Koalitionsvereinbarung selbst enthält zwar einige positive Aussagen wie den Stopp für die Autobahn A 52 auf Essener Gebiet und den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs. Mit der Absicht, einen Masterplan Bäder Ruhr zu entwickeln, enthält sie sogar ein zuerst von der Fraktion DIE LINKE in die Verbandsversammlung gebrachtes Projekt. Sie enthält aber so gut wie keine Aussagen zur sozialen Situation im Ruhrgebiet und dem Ziel, dem planerisch entgegenzusteuern.

„Was ist mit dem seit längerem in den Verbandsgremien diskutierten Kulturpass Ruhr für Niedrigverdiener, mit dem die Eintrittsmäßigungen für Kultureinrichtungen zusammengefasst werden sollen,“ so Wolfgang Freye weiter. „Warum macht die Koalition die Armutsverwerfungen in vielen Stadtteilen des Ruhrgebiets nicht zu einem städteübergreifenden Thema? Hier wäre es doch wichtig, auch über den RVR auf die Weiterentwicklung des Projektes Soziale Stadt zu drängen. Auch ein ‚Bekenntnis‘ zum Erhalt der Freizeitgesellschaften enthält der Koalitionsvertrag nicht.“

Verbandsversammlung am 31.10.2014

Besetzung der Organe abgebrochen, nachdem kleine Fraktionen zum Zug kamen

Schon zu Beginn stellte der neue Vorsitzende der Verbandsversammlung Josef Hovenjürgen (MdB der CDU- Fraktion) dass mit Blick auf den Terminkalender einzelner Abgeordneter die Versammlung spätestens 13 Uhr beendet sein müsste und man dann ggf. Wahlgänge für die Besetzung der Organe der Beteiligungsgesellschaften geschoben werden müssten.

Damit findet rein rechtlich betrachtet nur die Verschiebung eines Tagesordnungspunktes statt. Die Ankündigung zu Beginn aber lässt vermuten, dass die XXL- Koalition sich nicht sicher war, inwieweit sie bei den anstehenden Wahlen für die Besetzung der Ausschüsse und der Organe der Beteiligungsgesellschaften ihre Mehrheitsverhältnisse reichen würden.

Auf Grund der ungeklärten Situation zwischen dem DGB und dem DBB bei der Benennung von beratenden Mitgliedern der Arbeitnehmervertretung für die Verbandsversammlung beantragte unsere Fraktion die Verschiebung des Tagesordnungspunktes. Anders als von der Verwaltung ausgeführt, bestand zwischen beiden keine Übereinkunft über die Entsendung. Dem Antrag wurde zugestimmt.

Die neue XXL- Koalition strebte eine Neuregelung der Aufgabenzuständigkeiten der Fachausschüsse an, die man als Tischvorlage einbrachte. Auf Grund von weiteren Änderungsvorschlägen aus den eignen Reihen und der Kurzfristigkeit der Abstimmung wurde die Vorlage in die kommende Verbandsversammlung geschoben.

Die Wahlen zur personellen Besetzung des Verbandsausschusses und der sieben Fachausschüsse fanden noch statt. Doch nach dem die XXL-Koalition, wie bereits bei der Wahl der Ausschüsse bei der ersten Wahl der Organe der Beteiligungsgesellschaften Federn lassen musste, erklärten sie mit ihrer 80 %-Mehrheit die Sitzung für beendet.

Im Verbands- und im Planungsausschuss (je 17 Plätze) erhielten auch die kleinen Fraktionen Piraten und Freie Wähler (FWG) je einen Sitz, weil sie Stimmen der Fraktion DIE LINKE erhielten. In alle anderen Ausschüsse (13 – 15 Plätze) wurden entweder die Piraten oder die FWG gewählt, da sie sich gegenseitig unterstützten. Nur die rechte AfD ist in keinem Ausschuss mit Stimmrecht vertreten. Im Verwaltungsrat des Revierparks Gysenberg erhielt die CDU zwei Sitze und SPD und DIE LINKE je einen Sitz, weil DIE LINKE auch von FDP, Piraten und FWG gewählt wurde.

„Es ist ein unglaublicher Vorgang, dass die XXL-Koalition Wahlen abbricht, nur weil ihr die Ergebnisse nicht passen,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Dieses Vorgehen, verbunden mit massiven Drohungen an die Adresse der kleinen Fraktionen hinter den Kulissen, be-

stärkt die Befürchtung der kleinen Fraktionen, dass die XXL-Koalition ihre 80%-Mehrheit nutzen will, um Entscheidungen im Vorfeld auszukungeln, statt offen in den Gremien des RVR zu treffen. Und wenn es dann nicht klappt, dann wird solange abgestimmt, bis es passt. Dieser Stil darf sich nicht durchsetzen.“

Eleonore Lubitz, Sprecherin der Fraktion, die in den Verwaltungsrat des Revierparks Gysenberg gewählt wurde: „Die kleinen Fraktionen wollten es nicht hinnehmen, dass Plätze in den meisten Aufsichtsrats- und Verwaltungsräten des RVR ausschließlich von der XXL-Koalition besetzt würden. Deshalb haben sich auch die kleinen Fraktionen zusammengetan. Wäre die XXL-Koalition schlau, hätte sie in den Gesprächen vorher eine gemeinsame Lösung gesucht. Sie wäre sicher möglich gewesen und auch jetzt ist es dazu nicht zu spät.“

Verbandsversammlung am 12.12.2014

Ton der Kommunen zum Haushalt 2015 des RVR verschärft sich

Bevor der Haushalt des RVR eingebracht werden kann, haben die 11 Städte und vier Kreise im Verbandsgebiet die Möglichkeit dazu Stellung zu nehmen. Erklärten sich im letzten Jahr ohne weitere Anmerkungen noch 5 Städte mit dem Haushalt des RVR, wurde die Beibehaltung des Umlagesatz von 0,6499 v.H von weiteren Städten befürwortet. In diesem Jahr erheben nur noch die Städte Dortmund, Hamm und Bochum keine Bedenken. Die kritischen Anmerkungen zur transparenten Darstellung des Haushaltes, zu der Notwendigkeit des Wichtens der Ausgaben bezogen auf die Aufgaben des Verbandes, das Ablehnen vom Mehrbelastungen von den Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befinden häufen sich.

Unsere Fraktion wird sich diese Stellungnahmen im Zuge der Haushaltsberatungen genauer ansehen, wobei eins schon klar sein wird: Es kann nicht sein, dass die Verbandsversammlung des RVR weiterhin bei der Formulierung der konkreten Ziele und Aufgaben ausgeschlossen bleibt und eventuelle Präzisierungen über die Haushaltspositionen zur Kenntnis nehmen darf.

Als Frau Geiß- Netthöfel als neue Regionaldirektorin im August 2011 antrat, war eine ihrer ersten Amtshandlungen den Prozess einer genaueren Aufgabenbestimmung auf den Weg zu bringen. Der wohl klingende Name „Ziele und Strategie der RVR- Familie“, der verdeutlicht, dass auch alle Beteiligungen des RVR an dem Prozess mitwirken und Verantwortung übernehmen sollen, reicht nicht aus. Das Papier muss bezogen auf das neue RVR-Gesetz endlich von Seiten der Verbandsversammlung abschließend diskutiert und beschlossen werden.

Programm zum Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. € Gesamtkosten je Maßnahme und Programm Radwegebau an bestehenden Landesstraßen: Priorisierung der Maßnahmen für das Jahr 2015

Alle Jahre wieder könnte auch die Überschrift über die Beschlussfassungen lauten, denn seit den letzten Jahren kommt es zum immer wieder gleichen Priorisieren der Maßnahmen aus den Vorjahren, was im Wesentlichen auf das geringe Voranschreiten der Bauplanungen, das Fehlen des erforderlichen Grunderwerbs, der geringen Mittelbereitstellung seitens des Landes liegt. So übten wir deutlich Kritik daran, dass so wieder jedes Jahr aufs Neue der Stillstand in einer Region priorisiert wird, die dringend Geld für den Ausbau ihrer Radwege benötigt, um deren Alltagstauglichkeit zu verbessern. Selbst die Realsierung der beiden Projekte zum Radwegebau entlang der L 104 in Bottrop-Kirchhellen und Schermbeck, die auf Beschluss der Verbandsversammlung im letzten Jahr auf Platz 1 gerückt sind, wird in 2015 nicht beginnen. Die im Vorfeld der Beschlussfassung abgeschlossene Vereinbarung zwischen Straßen. NRW führte zu keinem Umsetzungsergebnis. Wie sagte der Oberbürgermeister von Bottrop und Vorsitzender des Planungsausschusses in der Diskussion im Fachausschuss auf unsere Nachfrage zur Zusammenarbeit? Er bestätigte die gute, abgestimmte Vorgehensweise zwischen den Städten andererseits und mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW andererseits. „Wir sind auf einem guten Weg!“, bleibt die Frage, was man unter einem guten Weg versteht.

Entsendung von Mitgliedern der Verbandsversammlung des RVR in die Beratungsgremien der Regionalen Kulturpolitik

Die Beiräte der Kulturregionen beraten über die Vergabe der Gelder des Landes für die Förderung von Projekten in den zehn bestehenden Regionen des Landes. Dabei erhält jede Region durchschnittlich 350.000€/Jahr aus dem Landeshaushalt. Da das Verbandsgebiet in drei Regionen vertreten ist, kann die Verbandsversammlung aus ihren Reihen Vertreter*innen für die Beiräte der Kulturregionen Ruhrgebiet, Hellweg und Niederrhein benennen. So machten wir von unserem Vorschlagsrecht Gebrauch und schlugen zur Entsendung Fatma Karacakurtoglu, Marita Hildenhagen und Eleonore Lubitz

vor. Das brachte die XXL- Koalition kurz vor der Verbandsversammlung dazu den Beschlusstext dahin gehend zu ändern, dass in den Beiräten nur die bisherigen Vertreter*innen von CDU, SPD und Grünen entsendet werden können. Die Anregung aus dem Kultur- und Sportausschuss eine Stellvertreter*innen Regelung zu entwickeln, in der alle anderen Parteien vertreten sein könnten, wurde schlichtweg ignoriert.

Im Ergebnis der Diskussion zu dem TOP kam es zu keiner Benennung von Vertretern*innen. Lediglich beschloss man, vorbehaltlich der Rechtsauskunft der zuständigen Bezirksregierung zu jedem Mitglied einen Stellvertreter*in zu benennen. Im März 2015 fällt die Entscheidung.

Verlängerung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen- Antrag der LINKEN wird abgelehnt

Zur Kenntnis nehmen mussten wir die mehrere Verlängerungen der Aufsuchungserlaubnisse seitens der Bezirksregierung Arnsberg bis ins Jahr 2017 für einzelne Firmen. Die Stellungnahmen der Regionalplanungsbehörde, auch in ihrer Funktion als Träger öffentlicher Belange, gaben dabei die aktuelle Beschlusslage zum Verbot von Fracking im Verband wieder. Letztere ist vor allem auf unsere vielfältigen Anträge in den letzten Jahren zurückzuführen.

Die neue Feindifferenzierung der Stellungnahmen des Verbandes als Träger öffentlicher Belange, in dem auf den Schutz des Grundwassers, des Freiraumes, der Natur und der Landschaft sowie von Siedlungsgebieten und der Infrastruktur hingewiesen wird aber auch Fragen der ewigkeitslasten und der Haftung angesprochen werden, begrüßen wir.

Unser Antrag zur Unterstützung der Position von Hannelore Kraft sich gegen die Gesetzesinitiative von Hendricks gestützt von Gabriel im Bundesrat einzusetzen, sich für eine weitreichendere Betrachtung der Gefahren von Fracking auszusprechen, wurde trotz ähnlicher Anträge seitens der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen mehrheitlich abgelehnt. Wo bleibt in diesen Tagen eigentlich die grüne Politik fürs Ruhrgebiet, wenn man bedenkt, dass die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Claudia Leiß gegen unseren Antrag für die XXL- Koalition in die Bütt gegangen ist. Vielleicht hat sie aber auch nur vergessen bei ihren Kollegen im Landtag nachzuhören, denn die brachten im Sommer eine zum Schluss von allen getragene Formulierung gegen Fracking in den Niederlanden auf den Weg, die der Intention unseres Antrages entspricht.

Glückwünsche für 2015

Wir danken allen Genossinnen und Genossen, die unsere politische Arbeit im letzten Jahr begleitet und unterstützt haben. Wir wünschen allen eine ruhige, friedliche und besinnliche Zeit und verbinden dies mit den besten Wünschen für ein erfolgreiches gemeinsames Wirken zum Durchsetzen von linken Positionen im und für die Menschen im Ruhrgebiet.

Weitere, ausführlichere Informationen, Berichte von Sitzungen, alle Anträge, Anfragen, Reden und Pressemitteilungen sind auf unserer Homepage <http://www.dielinke-rvr.de> veröffentlicht.

Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR:

Abonnement beenden: Bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die Mailadresse dielinke@rvr-online.de senden.

Impressum:

DIE LINKE. im RVR
Wolfgang Freye (V.i.S.d.P.)
Kronprinzenstr. 35; 45128 Essen
Telefon: (0201) 2069-325 Fax: (0201) 2069-334
Email: dielinke@rvr-online.de
www.dielinke-rvr.de